

war die Grenze offen. Wir haben die größten Opfer gebracht, um den Weg zu einer Entspannung und Verständigung zu ermöglichen. Die westdeutschen Monopole haben das weidlich ausgenutzt, haben uns geschädigt und sich bereichert. Wir verstehen sehr gut, daß sie diesem Zustand nachtrauern, nachdem sie am 13. August 1961 ihre Hände aus unseren Taschen nehmen mußten. Wir Berliner wissen, um wieviel besser und schneller es seitdem bei uns vorangegangen ist. Wir denken überhaupt nicht daran, liebe Genossinnen und Genossen, jemals wieder Blutspender für die krisenhafte Wirtschaft Westdeutschlands und für die Profiteure der Monopole Westdeutschlands zu sein. Das ist für immer vorbei! (Beifall.)

Und im übrigen, meine Herren in Bonn, bezahlen Sie erst einmal Ihre Schulden an die Deutsche Demokratische Republik! (Zuruf: Sehr richtig!) (Beifall.)

Kiesinger sprach weiter davon, er wolle die Lage entkrampfen und nicht verhärten. Dazu gibt es einen ganz einfachen Weg: die Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik normalisieren, die Deutsche Demokratische Republik anerkennen und mit dem größten Krampf, der Alleinvertretungsmaßnahme, aufhören. (Beifall.)

Wenn schon von menschlichen Erleichterungen die Rede ist, dann soll die Regierung in Bonn endlich mit ihrer menschenfeindlichen und friedensgefährdenden Politik der Atomaufrüstung, der Grenzforderungen und der Alleinvertretungsmaßnahme Schluß machen. Dann soll sie ihren Grauen Plan und das Handschellengesetz in den Reißwolf stecken und die Diskriminierung von Staatsbürgern der Deutschen Demokratischen Republik beenden. (Beifall.)

In Kiesingers Katalog steht auch etwas über Medikamentenaustausch. Ich meine, die Medizin, die die Bonner brauchen, ist eine vernünftige Politik, eine Politik der Abrüstung, des Verzichts auf Atomwaffen und der Anerkennung aller in Europa bestehenden Grenzen einschließlich der Grenzen der DDR, das ist Politik der europäischen Sicherheit. Diese Medizin können sie aus der Deutschen Demokratischen Republik bekommen. (Beifall.)

In der Neujahrsbotschaft hat Genosse Walter Ulbricht konkrete Vorschläge für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten gemacht. Leider finde ich weder im Brief des sozialdemokratischen Parteivorstandes noch in der Erklärung Kiesingers irgendeine Bereitschaft zu diesen sachlichen und vernünftigen Vorschlägen, zu diesen unvermeidlichen Schritten, die zu allererst gegangen werden müssen. Ich